

2. Bundesmigrationskonferenz 2015

Geschäftsbericht der Gruppe Migranten/-innen

Januar 2011 bis Dezember 2014



migraθiø 

Gliederung zum

Geschäftsbericht

2. Bundesmigrationskonferenz 2015

Zeitraum Januar 2011 bis Dezember 2014

- 1. Einleitung | Auswahl der Aktivitäten der ver.di-Migranten/-innen**
- 2. Kampagne „Wahlrecht für alle“**
- 3. Offene Türen der Gewerkschaften für Migranten und Migrantinnen**
- 4. Arbeitsmarktzugang von Migranten/-innen**
- 5. Gute Arbeit – gesetzlicher Mindestlohn**
- 6. Gegen Rassismus, Rechtsextremismus – für Menschenwürde**
- 7. Gewerkschaftliche Unterstützung von Flüchtlingen**
- 8. Berufsanerkennungsgesetz - Kritik an fehlender Förderung und hohen Kosten**
- 9. Gegen antimuslimischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**
- 10. Perspektive 2015 / Mitgliederentwicklung**
- 11. Konferenzen – Workshops – Aktionen (Auswahl)**
- 12. Konferenz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund am 28. März 2014**
- 13. Anlagen zum Geschäftsbericht**
 - **PP-Präsentation (1-9) „Wahlrecht für alle!“ Erdogan Kaya, Vorsitzender Bundesmigrationsausschuss**
 - **PP-Präsentation (1-4) „MigrAr – Migration und Arbeit“ Emilija Mitrovic, Mitglied Bundesmigrationsausschuss**
 - **PP-Präsentation (1-8) „Mitgliederentwicklung & Öffentlichkeitsarbeit“ Charlotte Johnson, stellv. Mitglied Bundesmigrationsausschuss**
 - **sopoaktuell Nr. 206**
 - **sopoaktuell Nr. 179**
 - **JAV-Workshop „Auszubildende mit Migrationshintergrund – Handlungsfelder für JAVen und AVen“ (1-7)**
 - **Tagung „Beschäftigungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund“**
 - **Resolution des Bundesmigrationsausschusses gegen rechtsextremistische Gewalt**
 - **Bundesweites Arbeitstreffen gewerkschaftlicher Anlaufstellen für Menschen ohne Papiere**

Impressum:

ver.di-Bundesverwaltung, Ressort Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, 10179 Berlin
Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik | Gruppe Migranten/-innen

Redaktion:

Werner Schäffer, Bereichsleiter Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik

Romin Khan, Referent Migrationspolitik

Erdogan Kaya, Vorsitzender des Bundesmigrationsausschusses

Fotos: ver.di | Erich Guttenberger | Nachweis

Gestaltung: Claudia McLucas

Redaktionsstand: März 2015

Etwa jeder fünfte Arbeitnehmer / jede fünfte Beschäftigte, die in Deutschland lebt, ist nicht in Deutschland geboren, hat ausländische Eltern oder einen ausländischen Pass: hat – wie es im Amtsdeutsch heißt – „einen Migrationshintergrund“. Hinter jedem und jeder von ihnen steht eine eigene Geschichte.

ver.di gibt ihren Mitgliedern mit Zuwanderungsgeschichte in der Arbeit der Personengruppe der Migrantinnen und Migranten eine eigene Plattform. Angesichts der in den letzten Jahren spürbar ansteigenden Zuwanderungszahlen und der intensivierten öffentlichen Debatte über Flucht, Migration und Integration hat die Arbeit der Personengruppe für die Arbeit der ver.di eine zentrale Funktion erfüllt: Alle Themen – vom Arbeitsmarktzugang bis politische Partizipation, Vielfalt und Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Leben – haben in der Personengruppenarbeit eine Rolle gespielt. Hier wird die Arbeit der ver.di für die Belange von Migrantinnen und Migranten „geerdet“.

Zur Umsetzung unserer Ziele haben wir im Berichtszeitraum jährlich mindestens drei Sitzungen und verschiedene Arbeitstagungen mit thematischen Schwerpunkten durchgeführt.

Mit der Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen haben wir die vielen Facetten der Migrationsthemen in die gewerkschaftliche Meinungsbildung und Beschlussfassung eingebracht:

Eine Auswahl unserer Aktivitäten:



Zentrales Kampagnenthema der Migrantinnen und Migranten seit dem letzten Bundeskongress war das Thema „**Wahlrecht für alle**“. Wer in Deutschland lebt, arbeitet und Steuern zahlt, soll die Möglichkeit haben, über das aktive Wahlrecht politische Rahmenbedingungen mit zu beeinflussen: ob ein Kindergarten oder eine Umgehungsstraße gebaut werden soll – ja oder nein – dazu müssen Mitbürger/-innen mit ausländischem Pass ihre Stimme in die Waagschale werfen dürfen. Die Kampagne hat mit zentralen und regionalen Veranstaltungen ein breites Echo

erzielt. Die Forderung konnte auch im entsprechenden Leitantrag des 20. DGB-Bundeskongresses verankert werden.

Zur Evaluation der Kampagne hat ver.di eine Studie in Auftrag gegeben. Sie bestätigt: Mit der Kampagne „Wahlrecht für alle“ liegt ver.di genau richtig: Migrantinnen und Migranten wünschen sich von ihrer Gewerkschaft Rückendeckung in politischen Fragen. Neben dem Anliegen einer Öffnung des Staatsangehörigkeitsrechts, das bei jüngeren Migranten/-innen eine etwas größere Aufmerksamkeit erzielt, ist der Kampf für eine Öffnung des Wahlrechts gerade für die Kollegen und Kolleginnen interessant, die älter als 40 sind, schon länger in Deutschland leben, ihren ausländischen Pass aber u.a. deshalb behalten wollen, weil sie planen, im Rentenalter in die Heimat zurück zu kehren.



Für die Sitzung des Gewerkschaftsrates (GR) im Juni 2014 in unserer ver.di-Bildungsstätte in Gladenbach haben wir die Aktion „Offene Tür für Migrantinnen und Migranten“ konzipiert und als gemeinsame Aktion von Bundesmigrationsausschuss und Gewerkschaftsrat durchgeführt. Die Aktion war sehr aussagestark und hat viel Spaß gemacht. Wir können sie deshalb zur Nachahmung im Rahmen eurer Aktivitäten vor Ort empfehlen. Mit Hand und Fuß können wir für die aktive Teilhabe der Migrantinnen/-innen werben. Bestellschein für das Aktionspaket : <https://arbeitsmarkt-und-ozialpolitik.verdi.de/service/publikationen/>



... Schaut Euch den [Videoclip zur Aktion](#) an.

Offene Türen der Gewerkschaften für Migranten und Migrantinnen

Migrantinnen und Migranten haben insgesamt, auch das zeigt die Evaluation der Kampagne, ein sehr positives Bild von Gewerkschaften. 73 Prozent der befragten Migranten/-innen können sich vorstellen, einer Gewerkschaft beizutreten. 60 Prozent der befragten Frauen sehen „gute Gründe für Frauen mit Migrationshintergrund“ Gewerkschaftsmitglied zu werden. Diese Steilvorlage haben die Migrantinnen und Migranten in ver.di genutzt: Mit mehrsprachigen Flyern (der Mitgliederwerbeflyer liegt inzwischen in 8 Sprachen vor) werben sie bei ihren Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund für eine ver.di-Mitgliedschaft. Als Multiplikatoren erläutern sie in ihrer Community, warum sich eine ver.di-Mitgliedschaft gerade auch für

Migranten/-innen lohnt. Die Broschüre „Von Gewerkschaften erwarte ich, dass sie sich für sichere Arbeitsplätze einsetzen!“ hat sich als Handreichung und Argumentationshilfe dabei sehr bewährt.

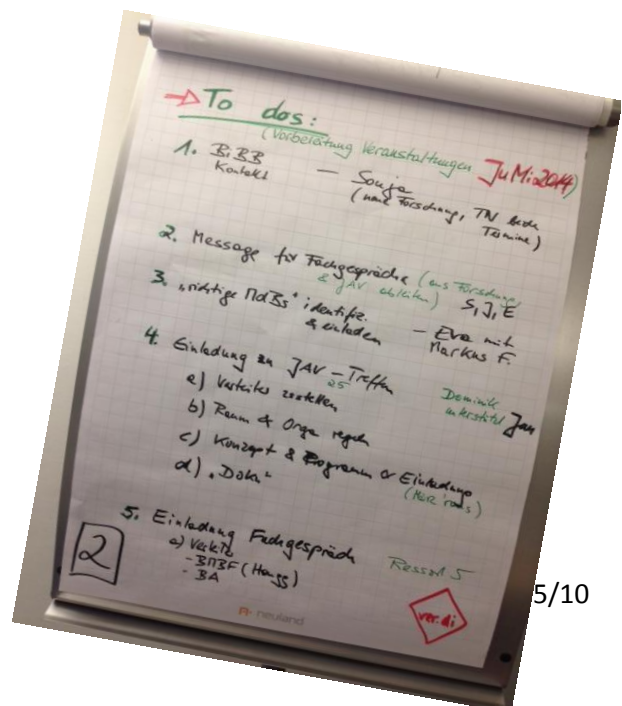
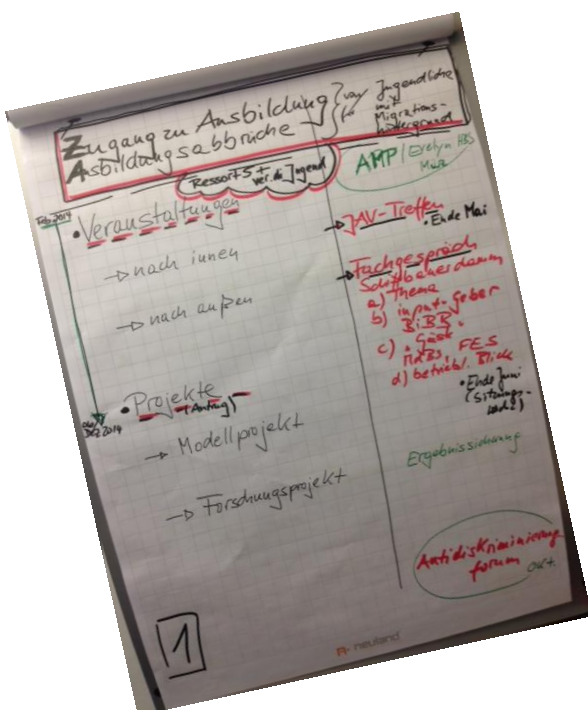
Arbeitsmarktzugang von Migranten/-innen

Die bessere Integration von Migranten/-innen in den Arbeitsmarkt ist ein Dauerthema für die Kolleginnen und Kollegen des Bundesmigrationsausschusses. Auch auf dem ver.di-Bundeskongress 2011 wurde dieses Thema aufgerufen.

Der Antrag A 194, der als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand angenommen wurde, fordert eine „Integrationsoffensive“ in allen öffentlichen Einrichtungen ein. Zur Durchsetzung dieser Initiative hat ver.di im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Integration im Forum „Mehr Migranten und Migrantinnen in den Öffentlichen Dienst“ mitgearbeitet.

Mit den Internetseiten www.wir-sind-bund.de und neuen Bewerbungsverfahren zum Beispiel auch bei der Deutschen Rentenversicherung Bund wurden in den letzten Jahren gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst angesprochen. Die Anstrengungen für einen diskriminierungsfreien Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wurden von der ver.di-Jugend und den ver.di-Migrationsausschüssen gemeinsam getragen. Zu diesem Thema wurden in verschiedenen Landesbezirken Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

Die Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration zur Diskriminierung von Jugendlichen mit türkisch klingenden Namen beim Ausbildungsplatzzugang bestätigte Erfahrungen der Migranten/-innen in ver.di und bekräftigte die Notwendigkeit, gegenzusteuern. Ausgehend von einem gemeinsamen Workshop für ver.di-JAV-Vertreter/-innen im Mai 2014 wurde eine vertiefende Studie zur Arbeit der JAVen für vom Ausbildungsabbruch bedrohte Jugendliche mit Migrationshintergrund angestoßen, deren Ergebnisse 2015 gemeinsam ausgewertet werden sollen.



Gute Arbeit – gesetzlicher Mindestlohn

Die Migrantinnen und Migranten in ver.di haben sich intensiv an der Unterstützung großer ver.di-Kampagnen beteiligt (z.B. gegen Leiharbeit und für den gesetzlichen Mindestlohn). Die Mindestlohn-Hotline des DGB, die zur Flankierung des Gesetzlichen Mindestlohns ab Januar 2015 freigeschaltet ist, bietet Beratung in zehn Sprachen an, darunter auch Türkisch, Polnisch und Rumänisch. Sie bietet fast zu allen Fragen rund um den Mindestlohn Rat und Antwort, was insbesondere für Migrantinnen und Migranten – zur Ergänzung der MigrAr-Beratung wesentlich ist: Alle Studien belegen, dass das Lohnniveau von Migranten und Migrantinnen ganz unabhängig von ihrer Qualifikation deutlich unter dem Lohn gleich gut ausgebildeter deutscher Kollegen/-innen liegt. Um dem Lohndumping und der Ausbeutung von Migranten/-innen in einem grauen Arbeitsmarktsegment wirksam einen Riegel vorzuschieben, muss der Mindestlohn in der Praxis konsequent eingehalten und seine Durchsetzung wirksam kontrolliert werden.

Gegen Rassismus, Rechtsextremismus – für Menschenwürde

Die Migranten und Migrantinnen haben darüber hinaus eigenständige Positionen erarbeitet gegen Rassismus, Rechtsextremismus und natürlich gegen den Naziterror (NSU-Morde) und für eine Willkommenskultur, die auch Flüchtlingen in Deutschland eine menschenwürdige Aufnahme sichert. Die Entscheidung der Bundesregierung aus dem Jahr 2014, den Arbeitsmarktzugang von Asylbewerber/-innen deutlich zu erleichtern (sopoaktuell Nr. 206), wurde von ver.di aktiv unterstützt. Das gleiche gilt für die Ratifizierung der ILO-Konvention 189 für menschenwürdige Arbeit im Privathaushalt im Jahr 2013 (sopoaktuell Nr. 179). Die Konvention gibt neue Möglichkeiten, gerade auch die Arbeitssituation von Pendelmigrantinnen in deutschen Privathaushalten zu verbessern.

ver.di hat sich in den vergangenen Jahren im Bündnis für die Stärkung der Rechte der Hausangestellten und transnationalen Fürsorgemigrantinnen stark engagiert und wird – gemeinsam mit dem DGB und der NGG – die Umsetzung der Konvention weiter beobachten. Dabei ist für uns insbesondere auch die Situation der live-in-Pflegekräfte von Bedeutung, die von der Bundesregierung vorläufig aus dem Regelungsbereich der Konvention ausgenommen wurden.

Gewerkschaftliche Unterstützung von Flüchtlingen

Die Situation der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa kommen und allzu häufig vor Lampedusa Opfer schrecklicher Bootskatastrophen werden, hat in ver.di eine Welle der Solidarität ausgelöst. Eine Politik der Abschottung kann nicht unsere Antwort auf das Flüchtlingseiland sein. Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Gewerkschaften war auch ein wichtiges Diskussionsthema in verschiedenen Landesbezirken. Auch der Bundesmigrationsausschuss hat sich intensiv mit dem Thema befasst und wird dies in Zukunft noch verstärken.



ver.di © rene wegner

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender anlässlich der ver.di-Landesbezirkskonferenz Hamburg im Februar 2015

Berufsanerkennungsgesetz - Kritik an fehlender Förderung und hohen Kosten

Seit 2011 verfügen Einwanderer, die einen Berufs- oder Studienabschluss im Ausland erworben haben, über einen Rechtsanspruch auf ein Prüf- und Bewertungsverfahren bezüglich ihrer Qualifikation. Der ver.di - Migrationsausschuss hat die Neuregelung aufmerksam verfolgt und positiv bewertet.

Mit dem „4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit“ will die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsmarktintegration nach der Erstinformation verbessern. Hierbei werden Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte individuelle Begleitmaßnahmen bei der Integration in Beschäftigung unterstützt. Das 4-Phasen-Modell stellt dafür die Handlungsstrategien „Ausländische Bildungsabschlüsse, Qualifikationen, Zertifikate anerkennen“ und „Deutsche Sprachkenntnisse erwerben bzw. verbessern“ sowie lokale Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Weitere Handlungsfelder sind die Sprachförderung, Anpassungs- und Nachqualifizierungen, der reguläre Deutschsprachttest, die Modellerprobung Kompetenzdiagnostik, die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels und das Modellprojekt zur Entwicklung und Zertifizierung von Teilqualifikationen.

Unsere gewerkschaftliche Kritik richtet sich insbesondere gegen die unzureichenden Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Für die Fachkräfte von morgen wäre statt der Zertifizierung von Teilqualifikationen die Finanzierung von Anpassungsqualifikationen die bessere Lösung.

In der Praxis werden die neuen Möglichkeiten der Anerkennung ausländischer Abschlüsse überwiegend bei reglementierten Berufen genutzt. Die Kosten des Verfahrens, die nicht zuletzt durch Beschaffung und Beglaubigung der notwendigen Unterlagen entstehen, sind offensichtlich weiter abschreckend hoch. Die Dauer zur Anerkennung ist viel zu lang. Hier müssen – auch über die Strukturen der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit – faire

Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt von ver.di auch in Zukunft eingefordert und mitgestaltet werden.

Gegen antimuslimischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Zum Ende des Berichtszeitraums wurde für den Bundesmigrationsausschuss die Intensivierung seines Engagements gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wichtig, weil wiederum bundesweit unter dem Deckmantel „Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) Menschen gegen Ausländer/-innen, Geflüchtete, Migranten/-innen auf die Straße gegangen sind. ver.di hat von Anfang an diese Bewegung kritisiert und seine Mitglieder aufgerufen, sich an Gegenaktionen zu beteiligen.



Deshalb haben sich viele ver.di Gliederungen und Bezirke an den antirassistischen Mobilisierungen gegen die selbsternannten „Verteidiger des Abendlandes“ beteiligt und erfolgreich daran mitgewirkt, dass eine bundesweite Ausbreitung dieser Bewegung fehlgeschlagen ist. Als „Gewerkschaft der Vielfalt“ treten migrantische und nicht-migrantische Kollegen/-innen in ver.di für eine demokratische, offene Gesellschaft und für soziale Gleichheit ein.

Perspektive 2015 / Mitgliederentwicklung

In seiner Sitzung im Dezember 2013 hat der Bundesmigrationsausschuss das Projekt Perspektive 2015 ausführlich beraten. Im Ergebnis hält der Bundesmigrationsausschuss gezielte Maßnahmen im Rahmen des Gesamtprojekts für unverzichtbar. Dazu gehören: Immer noch fehlen die Zahlen und Fakten über Mitglieder mit Migrationshintergrund. ver.di muss im Rahmen der Neuausrichtung im Prozess „Perspektive 2015“ dieses Thema unbedingt einbeziehen und bezüglich der Zielgruppe der Migranten/-innen Pilotprojekte anstoßen. Daraus müssen sich weitere Maßnahmen ergeben. Und wir bleiben nicht untätig: siehe Aktion „Offene Tür für Migrantinnen und Migranten“ – Seite 2 des Geschäftsberichtes.

Konferenzen – Workshops – Aktionen (Auswahl)

Konferenz zu Asyl- und Migrationsfragen am 4. Mai 2013

In Kooperation mit der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Menschenrechte in der Welt hat der Bereich Migration zusammen mit weiteren Partnern eine Konferenz zur aktuellen Entwicklung des Asyl- und Migrationsrechts durchgeführt. Die

rechtliche und gesellschaftliche Diskussion zu diesem Themenkreis wurde mit Informationen zum internationalen und EU-Recht ergänzt. Mit dieser Konferenz sollte auch den ver.di-Kongressanträgen zu Flucht und Asyl Rechnung getragen werden.

Konferenz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund am 28. März 2014

Die arbeitsmarktpolitische Tagung 2014 der ver.di wandte sich unter der Überschrift „Beschäftigungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund – Anforderungen an eine teilhabeorientierte Arbeitsmarktpolitik“ den unterschiedlichen Erfahrungen verschiedener Gruppen von Migranten und Migrantinnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu und formulierte Erfordernisse einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik. Die Tagung fand in Kooperation mit der Hans Böckler Stiftung und ihrem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin statt.



Fotos: Erich Guttenberger

"ver.di muss Menschen mit Migrationshintergrund noch gezielter ansprechen." forderte Eva Maria Welskop-Deffaa



Podiumsteilnehmer/-innen am Nachmittag v.l.n.r.:
Dr. Ulrich Jahnke, Beate Kostka, Moderatorin Alexandra Manske, Boumedién Habibes, Erdogan Kaya und Dr. Monika Lüke

Auf der 1. ordentlichen Bundesmigrationskonferenz am 6./7. Mai 2011 wurde der Bundesmigrationsausschuss der 1. Legislaturperiode gewählt:



Foto: ver.di

Von links nach rechts:

Mecnun Ölmez, Lbz Baden-Württemberg | Hayri Cakir, Lbz Nordrhein-Westfalen | Eltayeb-Khalifa Mohamed, Lbz Hamburg | Emilija Mitrovic, Lbz Hamburg | Ibrahim Cakir, Lbz Hessen | Mehdi Jafari Gorzini, Lbz Rheinland/Pfalz-Saar | Hürriyet İlhan Isözen, Lbz Nord | Ayfer Arayici, Lbz Bayern | Oemer Yasar Fincan, Lbz Bayern | Marie Pozimski, Lbz Hessen | Erdogan Kaya, Lbz Berlin-Brandenburg | Concetta Notonica in Gambino, Lbz Baden-Württemberg | Semra Celik, Lbz Nordrhein-Westfalen.

Nicht auf dem Foto: Semra Bagit, Lbz Berlin-Brandenburg